



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
109 (1899)**

394 (12.12.1899) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-80649](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-80649)

# General-Anzeiger



Leitung: Dr. Paul Garmb.  
In der Postkammer eingetragen unter Nr. 2870.  
Abonnement: 60 Bfg. monatlich  
Bringelohn 20 Bfg. monatlich  
durch die Post bez. incl. Postaufschlag 2.30 pro Quartal.  
Inserate: Die Colonen-Beile 20 Bfg., Die Reklamen-Beile 60 Bfg., Einzel-Nummern 8 Bfg., Doppel-Nummern 6 Bfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Verantwortlich: Dr. Paul Garmb.  
Für den Inhalt und Druck: Ernst Müller.  
Für den Anzeigenteil: Karl Kufel.  
Redaktionsrat und Verlag: Dr. P. Garmb. und Ernst Müller.  
Druck: (Erl. Mannheimer) Typograph. Anstalt.  
(Das „Mannheimer Journal“ ist Eigentum des katholischen Krankenhauses.)  
Königlich in Mannheim.

## Mannheimer Journal.

(109. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

Gelesen und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgegend

E 6. 2

E 6. 2

Nr. 394 (Abendblatt)

Freitag, 12. Dezember 1899.

(Telephon Nr. 218).

### Das Vorspiel zum Größeren Deutschland.

Eine merkwürdige Reichstags-Sitzung, wie es seit dem Bestehen des Reiches noch keine gegeben hat! Zur Beratung steht der Reichshaushalt für 1900, und nacheinander geben vier Regierungsvertreter Erklärungen ab zu einer Frage, die den Reichshaushalt für 1900 noch gar nicht berührt. Dem Reichstage ging die Sache so nahe, daß die sonst so reedelustigen Abgeordneten um die Erlaubnis bitten, vorerst einmal Athem schöpfen zu dürfen.

Wir glauben, die Taktik der Regierung wird sich als richtig erweisen. Die Frage der Flottenvermehrung wäre beim Etat unter allen Umständen zur Sprache gekommen, ja, sie wäre sonder Zweifel der Hauptgegenstand der Erörterung geworden; da kann es nur den besten Eindruck, den Eindruck ehrlicher Ueberzeugung und eines ruhigen Gewissens machen, wenn die verantwortlichen Männer sich nicht erst bitten lassen, sondern ihre Absichten und ihre Beweggründe offen darlegen. Wer einer ehrlichen Ueberzeugung folgt, darf den Muth der Wahrheit haben. Darum konnte Staatssekretär Tirpitz unumwunden zugeben, er habe bei Abschluß des Flottengesetzes an eine zehnjährige programmatische Entwicklung geglaubt, obwohl er das damals Bewilligte nicht für ausreichend gehalten habe; er habe aber inzwischen die Erfahrung gemacht, daß wir mehr leisten können und mehr leisten müssen, daß wir die kostbaren Jahre nicht ungenutzt verstreichen lassen dürfen.

Darum wir die Hände keinen Augenblick in den Schooß legen dürfen, warum wir mehr leisten müssen, das hat in glänzender Rede Graf Bülow dem deutschen Volke ins Gewissen gerufen. Er sprach nicht so weltmännisch leicht und hüßig wie sonst, er sprach, so möchte man belauschen, mehr in der Weise des Fürsten Bismarck, der bei seinen Reden gegen die innere Erregung und die überquellende Fülle der Gedanken zu ringen hatte. Herr von Bülow leistet seit zwei Jahren die auswärtige Politik des Reiches, er hat inzwischen auch die Dornen seines Amtes zu fühlen bekommen: die kleinliche Kargheit, die jeden Erfolg mit der Eile nachmißt, ob er nicht hätte größer sein können, und die unehrliche Kritik rücksichtsloser Geschäftspatrioten, wie sie sich in der Deutschen Tageszeitung und den Hamburger Nachrichten breit macht. Diese herbe Erfahrung stimmt den Grundton der Rede auf ein erregtes Pathos, das ihren glatten Fluß zuweilen hemmt, ihrer Wirkung aber mächtig zu statten kam. Denn Herr von Bülow sprach nicht zu den versammelten Reichsboten allein, er sprach weit über den Reichstag hinaus, zum ganzen Volke, zur ganzen Welt. Verschieden wird die Wirkung der Rede auf die verschiedenen Völker sein, für das deutsche Volk aber hat Herr von Bülow, wie kein Anderer seit den Tagen des eisernen Kanzlers, den Ton getroffen, der dem Volke ans Herz greift. So wollen wir unsere Staatsmänner reden hören, geradeheraus, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit, aber auch im vollen Bewußtsein der Sicherheit, die der Gedanke gibt, daß ein großes, arbeitsames und lebenskräftiges Volk hinter ihnen steht. Zum ersten Male ist gestern von amtlicher Stelle im Reichstage das Wort vom Größeren Deutschland gefallen. Die Freiheit des Volkes wird es aufnehmen und auf die Fahne schreiben, die es im politischen und wirtschaftlichen Völkertum und Dasein einer gesicherten Zukunft entgegenführen soll. Mag sich dann eine verzerrte Minderheit immerhin weiter mühen um Litterverdrängerung und Weltfrieden; sie wird es nicht hindern können, daß von ihren Anhängern mehr und mehr abtrünnig werden. Witterte doch die Sozialdemokratie in dem Manne, der dem Deutschen Reiche die Rolle des Hammers sichern will, damit es nicht umsofort werde, gestern schon instinktmäßig den gefährlichen Feind für ihre papiernen Programmlehren. Daber das unpassende Lachen, daß den so heiter gestimmten Herrschaften schon versehen wird, wenn sich herausstellt, wer zuletzt lachen darf.

Bei allem Schwung war die Rede des Staatssekretärs mit vollendeter Klugheit auf ihre Wirkungen nach innen und außen berechnet. Ohne überschwänglich zu sein, theilte sie nach allen Seiten, an verbündete und nicht verbündete Festlandsmächte wie auch an die Vereinigten Staaten verbindliche Händedrucke aus, nur England ließ sie in seiner splendid isolation, in glänzender Vereinsamung. Das wirkt beruhigend und entspricht der Stimmung, die Chamberlains überreiztes Liebeswerben im Auslande erzeugt hat. Das entspricht auch der Stimmung, die im Inlande gegenwärtig Alles beherrscht. Das entspricht aber auch — und darin liegt die überzeugende Kraft dieser Stelle der Rede — der Weltlage, wie sie die Entwicklung der letzten Wochen für Nederland sichtbar geschaffen hat. Der Kaiser und seine Berater konnten eher als andere Leute ein Urtheil darüber haben, ob der Krieg in Südafrika ausbrechen und welchen Verlauf er nehmen würde. Was jezt jeder Zeitungsläser weiß, ist die nachträgliche Rechtfertigung dafür, daß unsere leitenden Männer die Bahnen des Flottengesetzes von 1898 so pflöglich verlassen. Nie war der Augenblick günstiger, den Engländern klar zu machen, daß nicht auf Ueberdortstellung, sondern nur auf Leistung und Gegenleistung ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zum Deutschen Reiche begründet werden kann. Nie war aber auch der Augenblick günstiger, dem deutschen Volke klar zu machen, wo es es einer starken Flotte bedarf. Die Theilung der Welt steht noch nicht auf der Tagesordnung für morgen, aber fern am Horizont

taucht doch, als eine schemenhafte Möglichkeit, die Theilung von John Bull's Hinterlassenschaft auf; und wer mit dabei sein will, muß gewappnet sein. Nirgend in der Welt entstehen so leicht Streitigkeiten, wie bei Erbtheilungen!

So hat Herr von Bülow den Flottengegnern mit anerkanntem Wertem Gesicht den Wind aus den Segeln genommen, und man darf wohl sagen: Die Flottenvermehrung wird durchgehen, mit oder ohne Reichstagsauslösung. Wahrscheinlich ohne.

In ihrem Bericht über die gestrige Reichstags-Sitzung schließt die „Tgl. Adsch.“: Man muß mit Freuden gestehen, daß das temperamentvolle und überraschende Vorgehen der Regierung in der Flottenfrage sie von Anfang an in eine prächtige Position gebracht hat. Wenn Herr Reichs-Kanzler bei den Beratungen des preussischen Landtages über die Kanalvorlage beobachtet hat, wie er sich geäußert und sich nur mühsam aufrecht erhalten konnte, der mußte heute völlig erkennen über die Freise, mit der der alte Herr sich bemühte und sprach. Das gesellte greife Haupt richtete sich wiederholt ganz energisch auf. Man hatte den Eindruck, als ob ihm mit der Einlösung des Versprechens über das Verbleiben und dem Verschwinden der Juchthausvorlage eine Last von der Seele genommen sei, und als ob die große Frage, deren Verantwortung er nunmehr trägt, ihn wieder jung mache.

### Deutsches Reich.

• Mannheim, 12. Dez. (vom Abg. Uebel) und einer Anzahl nat.-lib. Abgg. ist, wie die „Konst. Ztg.“ meldet, ein Antrag bei der Zweiten Kammer eingebracht worden, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, des Inhalts: 1) es sei die Kautionspflicht der Beamten aufzuheben, 2) es sei die Verpflichtung der Beamten und Volksschullehrer zur Zahlung eines Wittwenloosbeitrags aufzuheben. — Bekanntlich wurde die Verpflichtung, eine Kautionsleistung zu leisten, für die Reichsbeamten bereits im Jahr 1898 aufgehoben; denn die Befähigung der Beamten, welche die Kautionen häufig von Verwandten entlehnten oder als Wechseln hoch verzinsen mußten, sowie der Apparat und der Aufwand für die Verwaltung der Kautionen überwiegen weit den Nutzen, den der Staat aus den Kautionen zog. Ein Beitrag zur Wittwenkasse ist den Reichsbeamten nicht auferlegt. Einer Gleichstellung der badischen Beamten mit den Reichsbeamten in den zwei angeführten Punkten dürfte bei dem guten Stand unserer Staatsfinanzen keine allzu großen Schwierigkeiten entgegenstehen. Zudem würde eine derartige Aenderung das mühsam aufgebaute System des Beamtenloosgesetzes in keiner Weise durchbrechen.

• Berlin, 12. Dez. (Die Jahrhundert-Postkarte), welche von der Postverwaltung vorbereitet wird, wird am 30. und 31. d. Mis. zur Ausgabe gelangen. Von ihr werden anderthalb Millionen Stück hergestellt. Außer der neuen Germania-Karte, die von einem Lorbeerkranz umrahmt ist, soll die Karte, wie jetzt bestimmt worden ist, in der linken oberen Ecke eine aufgehende Sonne mit der Zahl 1900 erhalten, um den Sinn der Karte auszudrücken. Der gesammte Aufdruck der Karte, der Vorder- und Rückseite mit dem Kranz und die Sonne mit der Zahl ist einfarbig grün. Die Karte wird die erste von der deutschen Reichspost herausgegebene Gelegenheitskarte sein.

### Frankreich.

Der Sozialistenkongreß, der so stürmisch begonnen und fortgesetzt worden war, endete mit einer allgemeinen Versammlung. Es wurde beschlossen, daß die verschiedenen sozialistischen Gruppen in Zukunft nur eine einheitliche sozialistische Organisation bilden sollen. Jedes Jahr soll ein Kongreß abgehalten werden. An der Spitze der Parteien steht ein Centralausschuß, dessen Vollmacht jedes Jahr erneuert wird. Als sozialistische Kandidaten dürfen nur solche nominirt werden, die sich zu den Grundfäden des Kongresses bekennen.

### Großbritannien.

#### Chamberlain.

Die englische Schriftstellerin Quida veröffentlicht im Novemberheft der „Nuova Antologia“ eine nicht gerade schmeichelhafte Charakteristik des vielfach angefeindeten Josef Chamberlain. Wir entnehmen der Schrift einige Stellen. „Sein Charakter drückt sich unverkennbar in seiner Physiognomie aus; sie ist nicht die Physiognomie eines Staatsmannes, sondern eher eines Kaufmanns, einer mehr schlauen als intelligenten Persönlichkeit. Das unermüdliche Konvuls dient dazu, seinen wahren Gesichtsausdruck zu verbergen. Die kurze, nach oben gebogene Nase verleiht den Gesichtszügen, welche sonst regelmäßig und fein zu nennen wären, etwas Ordinäres. Man sieht ihn nie ohne eine ungeheure Ordidee aus seinen berühmten Treibhäusern im Knopfloch. Er, nur er, hat die Nation zu dem Krieg gegen Transvaal überredet und getrieben. Wäre Chamberlain der unbekannteste Fabrikant und Radior von Birmingham geblieben mit dem einzigen Ehrgeiz, gute Schrauben zu drehen und den dortigen Stadtrath zu tyrannisieren, so wäre der Krieg gegen Transvaal nie ausgebrochen. Ob die Nachwelt ihn tadelt oder lobt, ist ihm ganz einerlei. Er ist ein harter Kämpfer mit einer Dosis Jähzorn ausgestattet, und ein solcher Staatsmann kümmert sich nicht um das Urtheil der Geschichte. Der Ruhm dünkt ihm eine

Karnevalgestalt mit einer Zweigroschenpfeife. Nach dem ägyptischen Feldzug sagte Napoleon: „Wenn ich morgen sterben sollte, würde ich nur eine halbe Lexingtonseite bekommen.“ Chamberlain macht sich nichts daraus ob er eine halbe Seite oder eine ganze bekommt. Die Menschen zu führen und sie zu beherrschen, dies ist sein Ehrgeiz.

### Aus Stadt und Land.

Mannheim, 12. Dezember 1899.

#### Sitzung des Bürgerausschusses

vom Dienstag, 12. Dezember.

Heute fand die erste Sitzung des Bürgerausschusses nach den festgesetzten Reuwohlen statt.

Übersbürgermeister Wed eröffnete 34 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 74 Mitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliede Kaufmann Sattler einen ehrenvollen Kranz.

Hierauf ergreift Obersbürgermeister Wed das Wort zu einer Begrüßung des theilweise neu gewählten Kollegiums. Die Wahlen seien vorüber. Man habe in ihnen manchen hervorragenden tüchtigen Zug bemerkt; mancher tüchtige Mann sei trotz seiner allseitig rückhaltlos anerkannten Tüchtigkeit ausgeschieden. Die zurückliegende dreijährige Periode sei sehr fruchtbar, sehr bedeutungsvoll geworden. Auch in der neuen Periode stehen dem Bürgerausschuße große, weittragende Aufgaben bevor. Rechner wies sodann einen Blick auf die Finanzen der Stadt und die voraussichtliche Gestaltung derselben in den nächsten Jahren. Wir werden in der nächsten Nummer auf die Rede zurückkommen.

Der Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes, H. Dissen, begrüßt die Mitglieder des Bürgerausschusses im Namen des Stadtverordneten-Vorstandes und schließt in schwungvollen Worten die großen Verdienste, welche sich der leider durch die Reuwohlen ausgeschiedene Herr Max Stodheim um die Stadt Mannheim durch seine hochsprichliche Arbeit in dem städtischen Kollegium erworben hat. Rechner hofft, daß Herr Stodheim möglichst bald aus der Reue in den Bürgerausschuß eintreten möge.

Die Rede folgt morgen im Wortlaut.

Obersbürgermeister Wed schließt sich den Ausführungen des Vorredners im Namen des Stadtraths an.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

#### Verkauf städtischen Geländes.

Es handelt sich um den Verkauf von 3.58 qm Gelände vom städtischen Grundstück Schroedingerstraße Nr. 17 an Wilhelm Fuchs-Widell zum Preise von 60 M pro qm.

Die Vorlage wird nach kurzer Befürwortung durch Stv. B. Pfeiffle angenommen.

#### Versteigerung städtischen Baugeländes.

Der Stadtrath beantragt in zwei Vorlagen, die Zustimmung zu erteilen zu der festgesetzten Versteigerung 1) der städtischen Baupläge Mittelstraße Nr. 22, 24, 26, 34, 36 und 38 im Maße von insgesammt 1810.11 qm und zum Gesamtsumme von M 101,440.50 an Heinrich Menck und Genossen, 2) des Baugeländes an der 6. Querstraße und Mittelstraße in der Redarvorstadt an Privatmann Heinrich Ring und Konsortien im Maße von 441.60 qm zum Preise von 70 M 50 pro qm.

Die Vorlagen werden debattelos angenommen.

#### Erwerb von Gelände durch die Stadt.

Der Stadtrath stellt den Antrag, 15 qm Straßengelände vom Grundstück des Alois Breunig an der Luisenstraße im Stadtteil Redaran zum Preise von 8 M pro qm anzukaufen. Weiter beantragt der Stadtrath, dem zwischen ihm und dem Wirthe Johann Brand in Rößelthal abgeschlossenen Geländeauf- und Verkaufsvertrag, den zur schon eingehend mitgetheilt haben, zuzustimmen und zu genehmigen, daß der Kaufschilling für 159.38 qm Gelände à 20 M = 3187 M 60 S nebst Kaufkosten mit ca. 60 M aus Grundstücksmitteln bestritten wird.

Auch über diese Vorlage entspinnt sich keine Diskussion und erfolgt Genehmigung.

#### Herstellung einer Verbindungsstraße in den Redarärten.

Es handelt sich um die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der 7. und 11. Querstraße in den Redarärten, sowie den Ankauf des Geländes von Wilhelm Hadmann zur Herstellung der 7., 10. und 11. Querstraße in den Redarärten zum Preise von M 11,750.

Stv. B. König empfiehlt die Annahme der Vorlage, die ohne Diskussion erfolgt.

Stv. B. Pfeiffle ersucht um Annahme der Vorlage. Zugleich richtet er im Namen des Stadtverordneten-Vorstandes an den Stadtrath die Bitte, auch die übrigen Querstraßen der Redarärten möglichst bald herzustellen.

Bürgermeister v. Hollander entgegnet, daß das Tiefbauamt den Auftrag habe, die Pläne für die Herstellung der sämtlichen Querstraßen auszuarbeiten. Da aber die Herstellung dieser sämtlichen Pläne zu lange Zeit in Anspruch nehme, habe man vorläufig eine Theilvorlage gemacht. Nur wolle er schon heute darauf aufmerksam machen, daß die Herstellungskosten der sämtlichen Querstraßen sich auf 1—2 Millionen Mark belaufen. Große Schwierigkeiten macht die Weigerung der Angreiser, Straßenkosten zu tragen, da sie vielfach auf dem Standpunkt stehen, daß sie zur Ersparnis dieser Straßenkosten nicht verpflichtet seien. Wenn die Angreiser auf diesem Standpunkte beharren und mit denselben durchdringen sollten, so müßte sich der Stadtrath allerdings die Frage vorlegen, ob es unbedingt notwendig ist, sofort sämtliche Querstraßen durchzuführen.

Stv. B. Pfeiffle bedauert die Äußerungen des Bürgermeisters von Hollander. Die Stadt habe auf alle Fälle die Pflicht,





